

Politischer Jahresbericht

Israel 2005/2006



Israel

Büro Tel Aviv Juli 2005-Juni 2006

(Redaktionsschluss dieses Jahresberichtes war am 18.6.06, deshalb werden die darauffolgenden Ereignisse, insbesondere der Libanon-Krieg vom Juli/August 2006 im Bericht des kommenden Jahres berücksichtigt.)

Jörn Böhme

Heinrich-Böll-Stiftung
Büro Israel
Leitung: Jörn Böhme
Nahalat Binyamin 24
Tel Aviv 65162, Israel
T: +972-3-51 677 34/35
F: +972-3-51 67 689
E-Mail: hbstl@boell.org.il
Homepage: www.boell.org.il

Inhalt

Zusammenfassung	2
1. Der israelisch-palästinensische Konflikt	3
2. Innenpolitische Entwicklungen in Israel	7
3. Probleme der Entwicklung Israels	8
4. Deutsch-Israelische Beziehungen ..	12
5. Iran	12
6. Verschiedenes.....	13
Ausblick	13

Zusammenfassung

„Israelische und palästinensische Führungspersönlichkeiten taumeln am Rande des Abgrunds, weil sie die ausgehandelte Zwei-Staaten-Regelung nicht hervorgebracht haben, die die große Mehrheit beider Bevölkerungen will und braucht. Je länger sie sich weigern, dies zu tun, desto gefährlicher und schwieriger wird es sein, den Konflikt zu lösen.“¹

Zwei historische Entscheidungen, die ihm viele nicht zugetraut hätten, vollzog der israelische Ministerpräsident Scharon in der zweiten Hälfte des Jahres 2005: den Rückzug aus dem Gazastreifen und die Spaltung der Likud-Partei. Auf diese Weise hatte Scharon eine Situation geschaffen, in der er quasi alleine das Geschehen bestimmte, als wäre er mit präsidentialen Vollmachten ausgestattet. Der letzte von zwei Schlaganfällen machte dieser Vorherrschaft ein Ende. Gut ein Jahr nach dem Tod Yasir Arafats hat somit auch sein langjähriger Antipode die politische Bühne verlassen. Es ist erst einige Jahre her, als eine häufig zitierte These besagte, in den israelisch-palästinensischen Beziehungen würde sich nichts zum Besseren bewegen, solange die beiden alten Männer Yasir Arafat und Ariel Scharon das Geschehen maßgeblich bestimmten. Die tatsächliche Entwicklung seit dem Tod Arafats und den Schlaganfällen Scharons zeigt, dass der Konflikt nicht in dem Maße von einzelnen Persönlichkeiten abhängig ist, wie manche geglaubt hatten.

In den palästinensischen Autonomiegebieten etablierte sich infolge der Parlamentswahlen eine Alleinregierung der islamistischen Hamas. Sie weigerte sich bislang, auf die von der internationalen Gemeinschaft und von Israel geforderten Bedingungen für weitere finanzielle Unterstützung einzugehen, von Verhandlungen ganz zu schweigen. In Israel regiert eine große Koalition, in der eine neu gegründete Partei und eine revitalisierte Arbeitspartei den Ton angeben. Auswege aus dem Konfliktgeschehen sind auf dieser Grundlage bisher allerdings nicht zu erkennen. Im Gegenteil: zum Ende des Berichtszeitraums deutet sich eine erneute Eskalation an. Palästinensische Gruppen feuern auch nach dem Gaza-Rückzug Qassam-Raketen auf das israelische Kernland. Der Ungenauigkeit dieser Raketen und dem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, dass seit dem Gaza-Rückzug dabei bislang nur wenige Israelis verletzt und niemand getötet wurde - es kann allerdings jeden Tag zu Todesfällen kommen und so wird bereits spekuliert, ob die Armee nicht spätestens dann erneut in den Gazastreifen einmarschiert. Obgleich es bisher keine erfolgreiche militärische Antwort auf den Beschuss mit Qassam-Raketen gab, schießt die israelische Armee auch unter dem neuen Verteidigungsminister Peretz mit Artilleriegeschossen in den Gazastreifen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Zivilisten in noch größerem Ausmaß als bisher betroffen sein werden.

Das Nahost-Quartett (USA, EU, UN und Russland) gibt sich standfest gegenüber der palästinensischen Seite, ist aber letztlich diplomatisch hilflos. Tatenlos hat es mit angesehen, wie sein Beauftragter für den Gaza-Rückzug, James Wolfensohn, die nahöstliche Bühne wieder verlassen hat – gescheitert an der Hartnäckigkeit, mit der vor allem die israelische Administration ihre Interessen durchsetzte. Aus Mangel an Alternativen hält das Quartett an der alten Roadmap fest. Die längst überfällige Aktualisierung des darin enthaltenen Zeitplans unterbleibt aufgrund der ängstlichen Zurückhaltung aller Beteiligten: Terminverhandlungen würden gleichzeitig eine inhaltliche Diskussion auslösen, an deren Ende man möglicherweise ohne Plan dastünde. Da ist es verständlich, wenn manche provokativ die Auflösung des Quartetts fordern.² Ob dadurch jedoch die nötigen Veränderungen - bessere Abstimmung und neue diplomatische Initiativen der EU, erfolgreiches Einwirken auf die US-Regierung sowie eine überarbeitete und angepasste Roadmap - eher auf den Weg gebracht würden, darf bezweifelt werden.

Die israelische Gesellschaft ist zwar von den Eskalationen des israelisch-palästinensischen Konflikts in den letzten sechs Jahren geprägt, hat aber nach dem Rückgang der Selbstmordattentate eine neue Dynamik entwickelt. Allerdings steht sie gleichzeitig vor massiven Problemen, vor allem in Form von sozialer Ungleichheit - der größten in der industrialisierten Welt nach den USA. Gesellschaftliche Dauerbrenner sind Probleme, die mit der Einwanderung zusammenhängen, das Verhältnis von jüdischer Mehrheit und nicht-jüdischer Minderheit und die Frage des eigenen Selbstverständnisses. So hat z.B. der israelische Schriftsteller A.B. Yehoshua eine Debatte über das Verhältnis zwischen Israel und der jüdischen Diaspora ausgelöst. Bei einer Veranstaltung des American Jewish Committee in den USA vertrat er die These, die jüdische Identität von Juden in den USA sei verglichen mit derjenigen von in Israel lebenden Juden lückenhaft.

Es gibt verschiedene Anzeichen für eine Abschwächung der Kritik, die es in den letzten Jahren vielfach an Maßnahmen der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern gegeben hat. Das liegt u.a. an dem durch Ariel Scharon vollzogenen Rückzug aus dem Gazastreifen. Gleichzeitig gibt es die Erwartung an die israelische Regierung, bei weiteren Rückzügen trotz des Dilemmas infolge der Hamas-Regierung

¹ The Boston Globe/International Herald Tribune, 14. Juni 2006

² Christian Sterzing: Neuer Fahrplan für den Frieden, in: taz, 16.5.2006

die Möglichkeit von Verhandlungen (z.B. mit dem palästinensischen Präsidenten Abbas) ernsthaft auszuloten. Inwieweit dies zu Differenzen führen wird, hängt nicht nur vom Verhalten der israelischen Regierung ab, sondern auch vom weiteren Vorgehen der Hamas-Regierung, von der Frage, ob es erneut Terroranschläge im israelischen Kernland geben wird und nicht zuletzt auch von den weiteren Entwicklungen in der Region, vor allem im Irak und im Iran.

1. Der israelisch-palästinensische Konflikt

Viele Beobachter und Beteiligte – nicht zuletzt innerhalb der israelischen Friedenskräfte – hatten nicht geglaubt, dass Sharon den Rückzug aus dem Gazastreifen wirklich vollenden würde. Doch der Rückzug wurde überraschend schnell vollzogen und (abgesehen von den unmittelbar damit verbundenen Konfrontationen zwischen Siedlern und israelischen Sicherheitskräften), ohne die israelische Gesellschaft nennenswert in Mitleidenschaft zu ziehen. Es war ein historisches Ereignis. Für die Siedlerbewegung stellte der Rückzug einen schweren Schlag dar, hatte sie doch bisher nur eine wirkliche Niederlage erlebt, nämlich die Räumung der Siedlungen im Norden des Sinai, als dieses Gebiet infolge des Camp David Abkommens von 1978 an Ägypten zurückgegeben wurde. Selbst in den Jahren des Oslo-Prozesses hatte der damalige Ministerpräsident Rabin keine Konfrontation mit den Siedlern gewagt, keine einzige Siedlung wurde aufgelöst.

Diskussionen um die Zukunft der Siedlungen wurden auf die Zeit nach den so genannten Endstatusverhandlungen vertagt. Der Versuch der Siedler, den Gaza-Rückzug zu torpedieren, brachte ihnen in der israelischen Gesellschaft keine Sympathien ein. Bilder im Fernsehen, die zeigten, wie ein Mitglied der berüchtigten Siedler-Jugend einen palästinensischen Jungen mit einem Stein zu erschlagen versucht und nur im letzten Moment von Journalisten und israelischen Soldaten daran gehindert wird, bewirkten das Gegenteil. Ebenso brachte der Versuch von Pro-Siedler-Gruppen, die wichtigsten Autobahnen unter Einsatz lebensgefährlicher Methoden zu blockieren, Verkehrsteilnehmer aller politischen Couleur gegen sie auf.

Schließlich sahen sich die religiös-nationalistischen Siedler isoliert: die Mehrheit der israelischen Bevölkerung wurde der allabendlich im Fernsehen übertragenen Evakuierung überdrüssig und schaltete auf andere Kanäle um. Besonders hohe Einschaltquoten hatte zur dieser Zeit die weltweit adaptierte Sendung „Ein Star wird geboren.“ Zwei Siedler verbrannten sich aus Protest gegen die Evakuierung, was aber in den Medien nur ein geringes Echo fand. Nach der Evakuierung kam es zur Brandstiftung in mehreren verlassenen Synagogen durch Palästinenser. Zunächst hatte die israelische Regierung entschieden, dass Synagogen, die nicht demontiert werden konnten, im Zuge der Evakuierung abzureißen seien. Rabbiner aus der Siedlerbewegung mobilisierten dagegen erfolgreich und riefen das Oberste Gericht an. Dieses war in seiner Entscheidung gespalten und

entschied mit vier gegen drei Stimmen für den Abriss der Synagogen. Aufgrund der knappen Abstimmung entschied jedoch Verteidigungsminister Shaul Mofaz, die Synagogengebäude zu belassen, worin er von allen Likud- und den meisten Arbeitsparteiministern unterstützt wurde.

Im Gazastreifen und in der Westbank wurden insgesamt 25 Siedlungen geräumt. Die meisten der 9.000 evakuierten Siedler leben heute im Kernland Israels. Nach der Abkoppelung gibt es heute noch 121 Siedlungen in der Westbank, in denen insgesamt ca. 250.000 Siedler wohnen (diese Zahl beinhaltet nicht die Israelis, die in den Gebieten leben, die in Jerusalem annektiert wurden, deren Zahl bei ca. 140.000 liegt).

Nach einer Umfrage der Zeitung Maariv ist die Hälfte der Siedler aus Siedlungen, die sich östlich der Sperranlage befinden, bereit, ihre Siedlungen jetzt zu verlassen. Die Ernsthaftigkeit der weiteren Rückzugspläne der israelischen Regierung wird sich unter anderem daran ablesen lassen, ob und wann es zur Verabschiedung eines Gesetzes zur Kompensation der Siedler kommen wird. Einstweilen hat Justizminister Ramon dies von der Vervollständigung der Sperranlage abhängig gemacht.

Im Blick auf die so genannten Außenposten ist insgesamt nicht viel geschehen. Im März 2005 war der Bericht der Staatsanwältin Tallia Sasson veröffentlicht worden. Sie kam zu dem Ergebnis, dass in der Westbank insgesamt 102 Außenposten existieren. Viele von ihnen befinden sich auf Grund und Boden, der sogar von israelischen Behörden als palästinensischer Privatbesitz anerkannt wird. Gut die Hälfte, nämlich 52 der Außenposten wurden nach März 2001 errichtet. Im Jahr 2005 wurden keine Außenposten geräumt, in 33 Außenposten wurden sogar Bautätigkeiten registriert, die diese zu permanenten Einrichtungen machen sollten. In dem Außenposten Amona wurde am 1.2.2006 neun Gebäude geräumt, nachdem die Friedensgruppe Peace Now dies vor dem Obersten Gerichtshof eingeklagt hatte. Dabei kam es zu erheblichen Auseinandersetzungen zwischen Polizei, Militär und Siedlern. Für Vertreter der These eines möglichen Bürgerkriegsausbruches war dies der Beleg, dass die Siedlungsbewegung in der Westbank Teile der Siedler nicht kontrolliert und die Lage bei einer Räumung von Siedlungen in weit größerem Umfang schnell außer Kontrolle geraten könnte. Dem wird entgegengehalten, die Räumung sei schlecht vorbereitet gewesen; außerdem sei der grundsätzliche Tabubruch einer Räumung viel entscheidender für die Zukunft der Westbank gewesen. Im Juni 2006

entschied jedoch der Oberste Gerichtshof in Reaktion auf einen Antrag von Peace Now auf Räumung von sechs Außenposten, der Regierung müsse es vorbehalten bleiben, einen eigenen Zeitplan für die Evakuierung aufzustellen.

Vor allem am Außenposten Maon Farm und in Hebron kam es immer wieder zu Übergriffen von Siedlern und ihren Kindern auf palästinensische Schulkinder, sowie auf ausländische Friedenskräfte, die die Kinder begleiten. Die Übergriffe richteten sich teilweise auch gegen israelische Soldaten, die zum Schutz der Kinder eingesetzt wurden. 30 israelische Schriftsteller und Intellektuelle wandten sich mit einem Brief an verschiedene Ministerien und Behörden, indem sie den Einsatz der Armee zum Schutz der Kinder forderten.

In Hebron wurde im Mai 2006 ein Haus geräumt nachdem die illegale Besetzung des Gebäudes aufgedeckt worden war: Siedler hatten Dokumente gefälscht, um den Eindruck zu erwecken, sie hätten es von den palästinensischen Besitzern legal erworben.

Natürlich wird die Frage aufgeworfen, ob der Rückzug aus dem Gazastreifen Israel wirklich eine Verbesserung der Sicherheitslage Israels zur Folge hat. Der Beschuss aus dem Gazastreifen mit Qassam-Raketen, vor allem gegen die Stadt Sderot, die Heimatstadt des jetzigen Verteidigungsministers Amir Peretz, hat seit der Räumung zumindest nicht aufgehört. Als Reaktion begann die israelische Armee – erstmals seit 1967 – mit Artilleriegeschossen zurückzufeuern. Mit der Begründung, palästinensische Gruppen verfügten inzwischen auch über treffgenauere Katjuscha-Raketen mit größerer Reichweite als Qassam-Raketen (zwei von ihnen wurden bisher auf Israel abgefeuert) wurde die Distanz zwischen Zielpunkten israelischer Artillerie und bewohntem palästinensischen Gebiet von 300 auf 100 Meter verringert. Zwischen Ende März und Mitte Mai feuerte die israelische Armee nach eigenen Angaben 5.100 Artilleriegeschosse vor allem in den nördlichen Gazastreifen. Fünf Palästinenser, darunter ein kleines Mädchen und ein Teenager, starben innerhalb von zehn Wochen infolge des Beschusses. Auf der anderen Seite werden aus Sderot zunehmend post-traumatische Stresssymptome vor allem bei Kindern gemeldet.

Aus Teilen der Friedenskräfte wurde die Befürchtung geäußert, statt einer Verbesserung der Situation durch Peretz könnte dieser allzu schnell Teil der eskalierenden Gewalt werden. Hinsichtlich der israelischen Reaktion auf die Qassam-Raketen scheint diese Befürchtung zuzutreffen. Einen weiteren Bezugspunkt in dem heftig geführten Streit um die Medienberichterstattung stellt der Tod von sieben palästinensischen Zivilisten am Strand von Gaza dar. Zunächst waren große Teile der Medien – inklusive der israelischen – davon ausgegangen, dass die Ursache ein israelisches Artilleriegeschoss war. Ein von der israelischen Armee vorgelegter Bericht kam dagegen zu dem Ergebnis, dass es sich nicht um ein an diesem Tag abgeschossenes Artilleriegeschoss handeln konnte. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch blieb bei ihrer gegenteiligen Darstellung.

Die Bevölkerungen

Welche Einstellungen hat die israelische Bevölkerung im israelisch-palästinensischen Konflikt? Gibt es einigermaßen verlässliche Angaben über Meinungstrends in der Mehrheit der israelischen Bevölkerung?

Seit Jahren bestehen konträr zur offiziellen Politik Mehrheiten für die Rückgabe von Siedlungen und für Verhandlungen mit der palästinensischen Seite. So ergab eine im März 2006 in Israel und in den palästinensischen Gebieten durchgeführte Umfrage des Truman Institutes an der Hebräischen Universität Jerusalem sowie des „Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR)“, dass 76% der befragten Israelis den weiteren Rückzug aus der Westbank in bilateralen Verhandlungen durchgeführt wissen wollen. Gleichzeitig sprechen sich zwei Drittel der befragten Israelis für Verhandlungen mit der Hamas-Regierung aus, obgleich nur 6% glauben, Diplomatie werde in naher Zukunft die Gewalt ersetzen. Diese Umfrageergebnisse haben zu der Forderung geführt, die Regierung müsse endlich die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung berücksichtigen. So wichtig der Hinweis auf solche Umfrageergebnisse ist, so sollten dennoch keine Illusionen dahingehend entstehen, die Mehrheit der israelischen Bevölkerung bilde ihre politische Position aufgrund von Verständnis, Empathie, oder gar Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung. Dieses bleibt den kleinen und kleinsten, wenn auch mit großer Beharrlichkeit aktiven Gruppen des radikalen Teils der israelischen Friedenskräfte vorbehalten. An einer Demonstration und Kundgebung aus Anlass des 39. Jahrestages des Beginns der israelischen Besetzung von Westbank, Gazastreifen und Golan-Höhen am 3. Juni 2006 beteiligten sich einige Tausend Personen.

Nach der Umfrage vom Mai 2006 des monatlich erscheinenden „Peace Index“ des „Tami Steinmetz Center for Peace Research“ an der Universität Tel Aviv ist eine große Mehrheit von 70% der jüdischen Israelis davon überzeugt, dass Israel das moralische Recht habe, seine dauerhaften Grenzen einseitig festzulegen. Gleichzeitig geben aber 55% zu Protokoll, dass dies nicht ohne die Zustimmung der USA geschehen könne. 51% der Befragten halten es nicht für nötig, die Palästinenser für die mit der Grenzfestlegung verbundene Annexion von Land mit Gebieten gleichen Umfangs zu entschädigen. Sollte es jedoch zu einer solchen Kompensation kommen, sind nur 15% dafür, der palästinensischen Seite Teile der Negev-Wüste zu geben. 46% meinen, dass man Gebiete im so genannten Kleinen Dreieck abtreten solle, wo die arabische Stadt Umm al-Fahm und andere Ortschaften liegen, in denen arabische Israelis leben. Das ist eine programmatische Forderung der Partei Yisrael Beteinu unter ihrem Vorsitzenden Avigdor Lieberman. Sogar unter den Anhängern der Meretz-Partei, von denen sich verglichen mit den anderen Parteien mit 29% der größte Anteil für die Abgabe unbewohnter Gebiete ausspricht, stimmten 35% dafür, die Gebiete im Kleinen Dreieck abzugeben.

In einer Umfrage des „Israel Democracy Institutes“ erklärten 62% der befragten Israelis, die israelische Regierung solle die arabischen Staatsbürger Israels zur Auswanderung ermutigen. Nur 14% meinten, die Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Israel seien gut.

Bereits frühere Umfragen des Peace-Index hatten Widersprüchliches ergeben: so stand beispielsweise der Bereitschaft zu Verhandlungen und zur Rückgabe von Gebieten die Rechtfertigung der gezielten Tötungen und anderer militärischer Vorgehensweisen gegenüber.

Auch in den palästinensischen Gebieten ergeben Umfragen immer wieder eine Mehrheit für eine Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage beidseitiger Verhandlungen. Darin kommt zum Ausdruck, dass die Mehrheit der Palästinenser die Existenz des Staates

Israel anerkannt hat. Auch hier sollte man sich keinen Illusionen hingeben: dies bedeutet keine Anerkennung der historischen Legitimität des Staates Israel. Dementsprechend gibt es Erklärungen, wonach die Katalysatoren für den Hamas-Wahlsieg zwar in der Korruption innerhalb von Fatah und der schlechten Lage der palästinensischen Bevölkerung zu sehen sind, die eigentlichen Wurzeln aber tiefer lagen: in dem tief empfundenen Zorn über seit Jahren verlorene Selbstachtung in Kombination mit dem Wunsch, wenigstens einen Teil der eigenen Würde äußerlich wieder herzustellen.

Convergence, Realignment

Rückzug darf die Räumung jüdischer Siedlungen offensichtlich im politischen Sprachgebrauch nicht heißen: das eigene Interesse soll betont werden. Deshalb wurden verschiedene andere Begriffe in Umlauf gebracht, die den Rückzug eher euphemistisch beschreiben: „Convergence“, die Zusammenführung, „Realignment“, die Neuordnung, oder auch die Wiedereinordnung. Im Gegensatz zu Ariel Scharon, der die Öffentlichkeit bewusst über seine weiteren Pläne im Unklaren ließ, hatte Ehud Olmert schon im Wahlkampf weitere Rückzugspläne angekündigt. Diese würden Siedlungen treffen, die östlich der Sperranlage liegen – mit bis zu 70.000 Einwohnern. Viele von ihnen sollen in die so genannten Siedlungsblöcke umgesiedelt werden, deren Annexion Israel plant.

Für viele Israelis ist die Idee einer hermetischen Abtrennung von den Palästinensern attraktiv. Für die USA sind dagegen auch die Geschehnisse jenseits der Grenze von vitalem Interesse. Wie die israelische Regierung zu dieser Frage steht ist unklar.

Ministerpräsident Olmert und Außenministerin Livni kommen beide aus der rechtsnationalistischen Ecke des Likud, haben aber in ihrer Karriere auch eine politische Entwicklung durchlaufen. So haben sie Verständnis für das Dilemma entwickelt, auf das die israelischen Friedenskräfte seit Jahrzehnten hinweisen: von den drei Leitgedanken „jüdisch“, „demokratisch“ und „Groß-Israel“ lassen sich für den Staat Israel immer nur zwei gemeinsam umsetzen. Olmert und Livni haben verstanden, dass die Zeit nicht für ein jüdisches und demokratisches Israel arbeitet.

In einer Regierungserklärung sagte Ministerpräsident Olmert, der weitere Rückzug, sei der Rettungsanker für den Zionismus. Allerdings war die Terminologie in den Koalitionsvereinbarungen bereits abgeschwächt worden. Statt „Rückzug und Evakuierung“ ist dort von „Reduzierung israelischer Siedlungen in den Gebieten von Judäa und Samaria“ die Rede.

Unklar ist nach wie vor, in wieweit die israelische Regierung wahrnimmt, dass das seit sechs Jahren wiederholte Mantra, es gebe keinen Partner auf der palästinensischen Seite nur insofern stimmt, als eine palästinensische Zustimmung zu den bisherigen israelischen Angeboten von niemandem im politischen Spektrum Palästinas zu erwarten ist. Eine fortgesetzte Kontrolle des Jordantals, zu dem die Palästinenser schon jetzt keinen Zugang mehr haben, der Ausbau des so genannten E-1 Korridors zwischen Jerusalem und der Großsiedlung Ma'ale Adumim, die Annexion der tief im Gebiet der Westbank liegenden Siedlung Ariel und die Abtrennung von Ost-Jerusalem vom Hinterland in der Westbank durch eine acht Meter hohe Betonmauer – unter solchen Voraussetzungen könnte ein palästinensi-

scher Staat nur dem Namen nach existieren. Da es für diese Pläne keinen palästinensischen Partner gibt und geben wird, können sie nur einseitig vollzogen werden. Es ist schwer vorstellbar, dass eine unilaterale Vorgehensweise zu einem lebensfähigen, demokratischen und friedlichen palästinensischen Staat an der Seite Israels führen könnte. Vielmehr ist es wahrscheinlich, dass das Ergebnis ganz anderer Natur wäre; das es sich nämlich „de facto [um] ein[en] ‚failed state‘ Palästina [handelt], der dauerhaft ein enormes Sicherheitsrisiko für Israel und die gesamte Region nach sich ziehen würde.“³ Bisher gibt es kaum Anzeichen für ein Problembewusstsein in der israelischen Regierung, geschweige denn eine öffentliche Debatte über dieses Problem oder praktische Konsequenzen. Bei seinen ersten Auslandsbesuchen ist der israelische Ministerpräsident Olmert mit erheblicher Skepsis gegenüber seinen Plänen konfrontiert worden. Es darf bezweifelt werden, dass die gegenwärtige Planung zu klaren, gemeinsamen und kontinuierlichen diplomatischen Initiativen des Quartetts führt. Am wahrscheinlichsten ist ein bruchstückhafte Momentanlösung: ein begrenzter israelischer Rückzug auf Grenzen, die jedoch international nicht als endgültige Grenzen anerkannt werden.

Friedensinitiativen

Die seit drei Jahren auf dem Tisch liegenden Friedensinitiativen, die Ayalon-Nusseibeh Initiative und vor allem die Genfer Initiative sind zwar als Bezugspunkt in Diskussionen präsent, spielen aber ansonsten keine große Rolle. Die Protagonisten sind mit anderen Dingen beschäftigt: Yossi Beilin muss sich mit dem Wahlergebnis seiner Partei Meretz auseinandersetzen. Yasser Abed-Rabbo ist vom palästinensischen Präsidenten Abbas mit der Durchführung des Referendums zu dem Dokument der palästinensischen Gefangenen beauftragt worden. Ami Ayalon wiederum gehört jetzt der Knesset an und dort zu den unzufriedenen Abgeordneten der Arbeitspartei, da er nicht wie erhofft in den Genuss eines Ministeriums gekommen ist. In der Öffentlichkeit gibt es zwar eine durchaus breite Zustimmung zu den meisten Prinzipien der Genfer Initiative (die dort vorgeschlagenen Regelungen zur Frage der palästinensischen Flüchtlinge müssen davon allerdings ausgenommen werden). Fällt jedoch der Name „Genf“ oder „Yossi Beilin“, dann sinkt die Zustimmung drastisch ab. Zu sehr wird der Name Beilin mit dem in den Augen vieler diskreditierten Oslo-Prozess in Verbindung gebracht. Zu sehr wird zudem der Genfer Initiative der Versuch unterstellt, an der gewählten Regierung vorbei Verhandlungen mit der Gegenseite geführt zu haben.

Dokument der palästinensischen Gefangenen

Das Dokument wurde im israelischen Hadarim Gefängnis von dem führenden Fatah-Vertreter Marwan Bargouti und dem führenden Hamas-Vertreter Sheikh Abdel Halek Natshe, der auch Mitglied des palästinensischen Parlaments ist, verfasst. Bemerkenswert ist, dass auch Vertreter des Islamisches Jihad, sowie der Volksfront und der

³ Joschka Fischer: Die Rückkehr der Geschichte. Die Welt nach dem 11. September und die Erneuerung des Westens, Köln 2005, S.219

Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas beteiligt waren. An dem Dokument sollen neben den Gefangenen auch Führungspersönlichkeiten der israelischen Araber, darunter Mitglieder der islamischen Bewegung und jüdische Friedensaktivisten beteiligt gewesen sein. Eine Voraussetzung der Initiative war die Bereitschaft der israelischen Sicherheitskräfte, die Begegnungen der verschiedenen Seiten im Gefängnis zuzulassen. Bemerkenswert ist weiterhin, dass in dem Dokument von der Umsetzung des Rechts auf Selbstbestimmung einschließlich der Errichtung eines unabhängigen Staates in allen Gebieten, die 1967 besetzt wurden, die Rede ist. Außerdem wird die Schaffung einer neuen PLO gefordert, in die auch Hamas und der Islamische Jihad integriert werden sollen. Es ist ein palästinensisches Dokument und soll eine Grundlage zur Überwindung der innerpalästinensischen Spaltungen sein. Für die israelische Regierung und für die meisten Israelis ist es vor allem wegen der mehrfachen Forderung nach Rückkehr der Flüchtlinge nicht akzeptabel. Außerdem spricht es vom Recht auf Widerstand in unterschiedlichen Formen, beschränkt diesen aber auf die besetzten palästinensischen Gebiete. Zunächst wurden z.T. große Hoffnungen auf die potentielle Wirkung des Dokumentes in den palästinensischen Gebieten gesetzt einschließlich der Möglichkeit, auf seiner Grundlage könnten eine palästinensische Kadima und eine Regierung der nationalen Einheit entstehen. Nach Umfragen unterstützten 85% der Palästinenser das Dokument und 81% begrüßen ein Referendum dazu. Palästinensische Gefangene verfügen in der Öffentlichkeit über großes Ansehen. Doch die Debatte wurde zunehmend kontroverser: einige der islamistischen Mitverfasser zogen ihre Unterschrift zurück und warfen Präsident Abbas vor, das Dokument zu missbrauchen.

In Israel wurde der Inhalt entweder als inakzeptabel bezeichnet, oder Kritik an Abbas geübt, weil er dieses Dokument statt der Beirut Erklärung der Arabischen Liga als Bezugspunkt für ein Referendum genommen hatte. Die USA wiederum sahen das Vorgehen von Abbas angesichts der Gesamtgemengelage als einen Schritt in die richtige Richtung.

Sperranlage – Zaun – Mauer

Die große Mehrheit der israelischen Bevölkerung unterstützt den Bau der Sperranlage. In der Regel wird höchstens nach Terroranschlägen die Frage gestellt, warum die Sperranlage noch nicht fertig gestellt wurde und worin die Ursachen für die Verzögerungen beim Bau liegen. Selten sind jene Stimmen, die das gesamte Konzept ablehnen, oder die darauf hinweisen, dass sich der Verlauf der Mauer an bestimmten Stellen sicherheitspolitisch nicht begründen lässt. Nach Angaben der Armee wird es noch mindestens ein Jahr dauern, bis die Sperranlage vollendet ist. Bis Mai 2006 wurden 42% der Sperranlage, deren Bau im Jahr 2002 begonnen hatte, fertig gestellt. Die größten Probleme gibt es im Bereich Jerusalem, wo die Sperranlage weitgehend eine acht Meter hohe Mauer ist. Dort wurden von 88 geplanten Kilometern bislang 33 errichtet; 13 km befinden sich im Bau und der Verlauf von weiteren 42 Kilometern wartet auf Gerichtsentscheidungen. Ungeklärt ist der Verlauf bei den so genannten ‚Fingern‘ von Ariel und Karnei Shomron, weil das Ausmaß der Opposition von Seiten der USA noch unklar ist. Die Gesamtkosten der Sperranlage werden auf ca. zwei Milliarden Euro geschätzt (gut zwei Millionen Euro pro Kilometer).

Der „Council for Peace and Security“, eine Vereinigung von Personen, die jahrelang hohe Funktionen in den Sicherheitsapparaten besetzten, hat Pläne für einen alternativen Verlauf vorgelegt. Er weist darauf hin, dass der Verlauf der Mauer in Jerusalem etwa 200.000 Palästinenser auf der „israelischen“ Seite der Sperranlage belässt, so dass tausende von Palästinensern auf beiden Seiten der Sperranlage leben werden.

Trotz der Barriere verfügen derzeit noch 11.000 Palästinenser aus der Westbank über eine Arbeiterlaubnis in Israel, nachdem Verteidigungsminister Peretz weitere 3000 genehmigt hatte. Zusätzlich dürfen noch 3000 palästinensische Händler ebenfalls nach Israel einreisen.

Perspektiven

Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklungen bestimmen vor allem zwei Auffassungen die politische Szenerie: Eine geht davon aus, dass eine Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts entlang der so genannten Clinton-Parameter vom Dezember 2000, der Ergebnisse der Taba-Verhandlungen vom Januar 2001, der Beirut Erklärung der Arabischen Liga vom März 2002 und der Genfer Initiative vom Oktober 2003 vollzogen werden muss, ansonsten werde gar keine Lösung geben. Die gegenteilige Auffassung wird vom ehemaligen israelischen Generalstabschef Moshe Ya'alon und dem ehemaligen Chef des Nationalen Sicherheitsrates Israels Giora Eiland vertreten: Danach ist eine Regelung des Konfliktes in dem Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer auf der Grundlage der Grenzen von 1967 –wenn auch mit einigen Änderungen– nicht möglich. Weder seien die so gegebenen Grenzen für Israel zu verteidigen, noch sei ein solcher palästinensischer Staat lebensfähig. Vorgeschlagen wird deshalb eine „regionale Lösung“. Dabei würden je 600 Quadratkilometer von der Westbank an Israel und vom Nordsinai an den Gazastreifen annektiert werden. Zusätzlich würden die Palästinenser 100 Quadratkilometer jordanisches Gebiet östlich des Jordanflusses zur Westbank erhalten. Die reale Politik verläuft irgendwo zwischen diesen beiden Polen.

Die Mehrheit in beiden Bevölkerungen will eine Zwei-Staaten-Regelung. Dabei werden aber weder die Israelis den Zionismus aufgeben, noch werden die Palästinenser zu Zionisten werden. Wer das von der jeweils anderen Seite erwartet, wird eine Fortsetzung der Konfrontation heraufbeschwören. Für eine Friedensregelung reicht es aus, wenn die Palästinenser die Existenz des Staates Israel anerkennen und weder verbal noch tatsächlich seine Zerstörung betreiben. Sie können dennoch in der Entstehung des Staates Israel in erster Linie eine Ungerechtigkeit sehen. Ebenso würde es ausreichen, wenn die Israelis Hebron verlassen und den Palästinensern einen zusammenhängenden und unabhängigen eigenen Staat zugestehen würden. Ein öffentlicher Verzicht auf jegliche historische Ansprüche in der Stadt Hebron oder anderswo in der Westbank sollte nicht erwartet werden und ist auch nicht nötig.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat sich politisch vor allem für die Genfer Initiative eingesetzt. In Konferenzen und Veranstaltungen in Berlin hat sie u.a. die Lage nach dem israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen und nach den israelischen Parlamentswahlen behandelt.

Der Schwerpunkt der Arbeit des Israel-Büros der Heinrich-Böll-Stiftung liegt in der Förderung von Gruppen und Initiativen, die innerisraelisch arbeiten. Gemeinsame Projekte mit dem Büro Ramallah gab es bisher nicht. Aufgrund der Eskalation des Konfliktes in den letzten sechs Jahren gibt es derzeit nur noch sehr wenige israelisch-palästinensische Kooperationsprojekte. Es gibt aber durchaus Projekte, die eine solche gemeinsame Unterstützung interessant erscheinen lassen, wie die vor kurzem in die Öffentlichkeit getretene Gruppe ehemaliger israelischer Soldaten und ehemaliger palästinensischer Kämpfer, die sich gemeinsam für eine gewaltlose Regelung des Konfliktes einsetzen (Combatants for Peace).

2. Innenpolitische Entwicklungen in Israel

Regierung und Parlament

Im 59. Jahr seiner Existenz hat der Staat Israel bereits seine 31. Regierung. Die innenpolitische Entwicklung Israels entfaltete im Herbst des Jahres 2005 eine enorme Dynamik. Der unerwartet zum neuen Vorsitzenden der Arbeitspartei gewählte ehemalige Gewerkschaftsführer Amir Peretz setzte den Austritt aus der Regierungskoalition durch. Das war der Katalysator für eine weitere Entscheidung von Sharon, über die zwar spekuliert worden war, an die aber auch wiederum viele letztlich nicht geglaubt hatten: die Spaltung des Likud. In die neue Partei „Kadima“ (Vorwärts) folgten ihm viele aus dem Likud, aber auch diejenigen aus der Arbeitspartei, die mit der Richtung des neuen Vorsitzenden nicht einverstanden waren.

Der Wahlkampf war vor allem durch sozialpolitische Themen und durch einen möglichen weiteren israelischen Rückzug aus den palästinensischen Gebieten geprägt. Allerdings war es ein ausgesprochen müder Wahlkampf, was sich auch auf die Wahlbeteiligung auswirkte: In den 80er und 90er Jahren noch bei knapp unter 80%, sackte sie nun auf ein Rekordtief von 63,3%. Es herrscht zusehends Wahlmüdigkeit, war doch diese Wahl die fünfte in 10 Jahren. Die Ergebnisse der Umfragen legten zudem seit langem die Vermutung nahe, die Wahl sei bereits entschieden. Hinzu kommt der öffentliche Überdruß an Politikern, nicht zuletzt wegen der zahlreichen Korruptionsfälle. Aufsehen erregte vor allem der Sohn von Sharon, Omri Sharon, der wegen Urkundenfälschung und Verstoß gegen das Wahlgesetz u.a. zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der Haftantritt wurde wegen des Gesundheitszustandes des Vaters verschoben. Der ehemalige Umweltminister Tzachi Hanegbi ist u.a. wegen Korruption im Wahlkampf, Vertrauensbruch und Meineid angeklagt und darf deshalb in der neuen Regierung kein Ministeramt ausüben. Er ist jetzt Vorsitzender des Knesset-Ausschusses für Außen- und Sicherheitspolitik.

Vor allem bei jungen Wählerinnen und Wählern ist eine zunehmende Entfremdung gegenüber dem politischen System zu beobachten, verbunden mit dem Gefühl, ohnehin nichts verändern zu können. Ein auf den ersten Blick paradoxes Ergebnis dieses Umstandes ist der Einzug der Rentnerpartei in das israelische Parlament. Statt nicht zur Wahl zu gehen, wählten vor allem viele junge Wähler diese Partei – diese Wahlentscheidung war während des Wahlkampfes plötzlich „trendy“ geworden.

Die Partei Kadima hat in den Wahlen bei weitem nicht die ursprünglich vorhergesagte Zahl von Sitzen bekommen. Angesichts der Tatsache, dass der Partei ihre Führungsfigur verloren gegangen war und sie weder über Bürgermeister, noch Mitglieder verfügt, ist auch dieses Ergebnis bemerkenswert. Die Arbeitspartei hat trotz des Übertritts von zahlreichen bekannten Mitgliedern zu Kadima die Zahl ihrer Sitze halten können. Dieses Ergebnis zeigt, dass aller Sicherheitspolitik zum Trotz die soziale Agenda, die von der Arbeitspartei im Wahlkampf in den Vordergrund gestellt worden war, in der Wählerschaft eine wichtige Rolle spielt. Der Likud, die Partei, die seit 1977 das politische Geschehen in Israel wesentlich mitbestimmt hat, ist dagegen abgestürzt und spielt zur Zeit keine große Rolle mehr. Erstaunlich gut schnitt die Partei Yisrael Beteinu ab, deren Vorsitzender Avigdor Lieberman aus Russland einwanderte. Sie hat eine rechtsnationalistische Agenda, die von liberalen und linken Israelis je nach politischem Standpunkt als „rassistisch“ oder gar „faschistisch“ beschrieben wird. Ein Kernpunkt seines Programms ist die Reduzierung der Zahl der israelischen Araber durch einen vereinbarten Gebietsaustausch mit der Palästinensischen Autonomiebehörde.

Bitter ist das Ergebnis für die linksliberale Partei Meretz, die politisch u.a. mit der Genfer Initiative identifiziert wird. Ihr Ergebnis hätte nach eigener Einschätzung schlimmer kommen können, aber dennoch besser sein müssen. Wegen des Wahlergebnisses gibt es heftige Machtkämpfe innerhalb der Partei. Parteichef Yossi Beilin wird vorgeworfen, durch ein Treffen mit Avigdor Lieberman im Wahlkampf wesentlich zu dem schlechten Ergebnis beigetragen zu haben. Jetzt soll eine parteiinterne Kommission Vorschläge für künftige Strukturen und inhaltliche Schwerpunkte der Partei machen.

Die verschiedenen religiösen Parteien blieben ungefähr gleichstark, ebenso die „arabischen Parteien“ (eine von ihnen hat auch einen jüdisch-israelischen Abgeordneten). Viele der kleineren Parteien, darunter auch die Partei Die Grünen, sind an der 2%-Hürde gescheitert.

Die neue Regierung aus Kadima, Arbeitspartei, der orthodoxen Shas-Partei und der Rentnerpartei umfasst 27 Minister. Um die öffentliche Kritik an der großen Zahl der Ministerien zu entschärfen, einigten sich die Vorsitzenden von Kadima und Arbeitspartei darauf, in dieser Regierung auf die Ämter der stellvertretenden Minister zu verzichten, was aber wiederum in beiden Parteien zu heftigem Unmut führte.

Vom liberalen und linken Spektrum wurde begrüßt, dass Avigdor Lieberman dem Kabinett nicht angehört.

Inzwischen hat die neue israelische Regierung den neuen Staatshaushalt durch die erste Lesung im Parlament gebracht. Obgleich sie dazu ausreichend Stimmen hatte, schloss kurz vorher Finanzminister Hirschon Verträge mit den Parteien Nationale Union, der Nationalreligiösen Partei und Yisrael Beteinu über insgesamt ca. 60 Millionen Euro ab. Es sei wichtig, den Immigranten und der national-religiösen Öffentlichkeit zu zeigen, dass der Staatshaushalt auch Lösungen für ihre Probleme anbiete, so die Begründung.

Schon während der Koalitionsverhandlungen gab es heftige Kritik an der Arbeitspartei und ihrem Vorsitzenden Peretz. Entgegen der Versprechungen habe die Partei ihre soziale Agenda verraten. Diejenigen, die sich für soziale Belange einsetzten, hatten darauf gehofft, dass Peretz Finanzminister werden und zahlreiche der vom früheren

Finanzminister eingeleiteten Schritte rückgängig machen würde. Dass Peretz Verteidigungsminister wurde, freute diejenigen, die befürchtet hatten, dieses Ministerium könne bei Shaul Mofaz bleiben, oder an den ehemaligen Geheimdienstchef Avi Dicher gehen. Beide werden mit einem Konzept für die palästinensischen Gebiete assoziiert, welches bei geringen Erfolgen eine Stärkung des militärischen Vorgehens propagiert.

Auch das neue israelische Parlament hat mit 120 Abgeordneten seine Arbeit aufgenommen: Ein Viertel der Mitglieder ist neu und im Gegensatz zur vergangenen Legislaturperiode gehören ihm nur noch 17 statt 18 Frauen an. Fast zwei Drittel der Parlamentarier haben einen askenasischen Hintergrund. 30% der Mitglieder sind religiös oder ultraorthodox. 14 Parlamentarier hatten früher hochrangige Posten innerhalb der Sicherheitskräfte; acht Parlamentarier leben in Siedlungen in der Westbank. Im Parlament sind 12 arabische Abgeordnete vertreten, zwei in der Arbeitspartei, zwei in Kadima und der Rest in den „arabischen Parteien“.

Parlamentarier, die hier im Gegensatz zu Deutschland als Einzelne das Recht haben, Gesetze einzubringen, wollen offenbar ihre Kollegen aus der letzten Legislaturperiode übertrumpfen, in der insgesamt 4000 Gesetze eingebracht wurden. Bereits im Juni 2006 lagen 1000 Gesetzentwürfe vor.

Die weitere Entwicklung der Parteien ist durchaus offen. Viele Einwanderer aus Russland haben nach dem Abgang Scharons Kadima nicht gewählt. Sie sind zusätzlich enttäuscht worden, weil Avigdor Lieberman nicht Teil der Regierungskoalition wurde und vor allem, weil Marina Solodkin von Kadima, die selbst Einwanderin aus Russland ist, kein Ministeramt bekam. Kein leichter Stand für Kadima, die ja als Partei mit Mitgliedern erst aufgebaut werden muss. In der Arbeitspartei gibt es während dessen heftige interne Spannungen und viel Kritik am Vorsitzenden.

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Parteien ist auf einen neuen Tiefststand gesunken: nur 22% der Befragten hatten Vertrauen in politische Parteien. 33% erklärten ihr Vertrauen in die Knesset, 44% in die Medien, 68% in den Obersten Gerichtshof und 79% in die israelische Armee.

Ein regelmäßiger Austausch findet mit Vertretern und Vertreterinnen unterschiedlicher Parteien statt. Besonders intensiv ist er mit Vertreterinnen und Vertretern der Partei Meretz-Yachad.

Wirtschaftliche und soziale Entwicklung

Das Bruttoinlandsprodukt stieg im Jahr 2005 mit 5,2% deutlich stärker als in den Vorjahren. Nach Angaben der US-amerikanischen Beratungsfirma Stanley Morgan ist zu erwarten, dass die Mischung aus weiterer fiskalpolitischer Sparsamkeit, dem weiteren Rückzug aus besetzten Gebieten und Strukturereformen den Weg für ein starkes Wirtschaftswachstum bereiten wird. Der Erwerb eines metallverarbeitenden Betriebes im Norden Israels durch den US-amerikanischen Milliardär Warren Buffet im Mai 2006 wurde als milliardenschwere Vertrauenserklärung in die israelische Wirtschaft gefeiert. Die offizielle Arbeitslosenrate ist im letzten Quartal 2005 auf 9% (244.000 Personen) gesunken.

Gleichzeitig wird aber die Kluft zwischen Armen und Reichen in der israelischen Gesellschaft immer größer. Keine entwickelte Gesellschaft, mit Ausnahme der USA ist sozial derart polarisiert wie Israel. Die Armen werden ärmer, die Reichen reicher und die Mittelschicht erodiert; das ergeben auch Berichte von Regierungseinrichtungen. 21,4% der israelischen Bevölkerung (1,58 Millionen Personen) lebten nach Angaben des Armutsberichtes des Nationalen Versicherungs-Instituts in der ersten Hälfte des Jahres 2005 unterhalb der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind Kinder; Mit einem Anteil von 31,1% leben 738.000 israelische Kinder in Armut. Ultraorthodoxe Juden und arabische Israelis sind von Armut überproportional betroffen.

Die Wahl des vormaligen Chefs des Dachgewerkschaftsverbandes Amir Peretz zum Vorsitzenden der Arbeitspartei brachte diese Fragen (wieder) auf die politische Tagesordnung. Einige Beobachter interpretieren dies sogar – infolge von Scharons Entscheidung zum Rückzug aus dem Gazastreifen und zum Austritt aus dem Likud – als einen Rückgriff auf den politischen Diskurs vor 1967, der von Fragen sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit geprägt gewesen sei und nicht von nationalistischer Ideologie. Sogar Shimon Peres sah sich genötigt, in seiner Rede zur Eröffnung der neuen Knesset als Alterspräsident neue Tendenzen in Richtung eines „Sozialdarwinismus“ zu kritisieren. Den gleichen Titel hatte eine Konferenz am Sapir College in Sderot, die von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt wurde. Ziel war vor allem der Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und sozialen Aktivisten. Wieweit soziale Fragen aber auf der Tagesordnung bleiben werden, ist ungewiss – ist es doch unter den im Nahen Osten gegebenen Umständen allzu einfach, die öffentliche Aufmerksamkeit auf Sicherheitsfragen zu lenken.

3. Probleme der Entwicklung Israels

Umwelt

Umweltschutz gilt zwar nicht mehr als reiner Luxus, den man sich vielleicht einmal leisten können, wenn der Konflikt mit den Palästinensern geregelt ist. Dennoch ist das Verhältnis zwischen den Umweltproblemen des Landes und der Rolle, die diese etwa im Wahlkampf spielen, unproportional. Immerhin will inzwischen eine Mehrheit der Israelis wissen, welche Positionen die politischen Parteien zu Umweltfragen beziehen. Im März 2006 veröffentlichte die Dachorganisation der israelischen Umweltgruppen „Life & Environment“ eine Umfrage mit diesem Ergebnis. Immerhin die Hälfte der jüdischen Befragten gab an, sie würden für eine Partei mit Umweltagenda stimmen, wenn sie sich zwischen verschiedenen Parteien mit und ohne eine solche Agenda entscheiden müssten. Auch in der Presse wird über Umweltprobleme heute umfassender berichtet als noch vor einigen Jahren und Gruppen, die sich dazu engagieren, werden häufiger erwähnt.

Eindeutige Erfolge in einem zehnjährigen Kampf haben die Umweltgruppen hinsichtlich der Bewahrung der israelischen Strände vor weiterer Bebauung zu verzeichnen. Die größten Probleme gibt es in den Bereichen von Abfallrecycling in den Großstädten, Luftqualität in Ballungsgebieten, Sanierung von Flüssen, Asbestbelastung,

Grundwasserverschmutzung und der Umweltbelastung durch eine Industriezone in der Negev-Wüste.

Die Beziehung zwischen den Umweltschutzorganisationen und dem neuen Umweltminister Gideon Ezra begann ambivalent und vieles deutet darauf hin, dass dies auch so bleiben wird. Im Februar 2006 traf Ezra als amtierender Umweltminister der Interimsregierung die Aufsehen erregende Entscheidung, das Reading Kraftwerk im Norden von Tel Aviv zu schließen. Hintergrund war der wiederholte Antrag der Betreibergesellschaft, das Kraftwerk weiterhin auf Kohlebasis zu betreiben, obgleich es längst auf Naturgas hätte umgestellt werden sollen. Daraufhin entschied die Dachorganisation der israelischen Umweltschutzorganisationen „Life & Environment“, Ezra in die Reihe der diesjährigen Preisträger des „Green Globe Price“ aufzunehmen. Pikanterweise verfügte Ezra just am Tag der Preisverleihung eine dreiwöchige Ausnahmegenehmigung für das Kraftwerk zum Betrieb auf Kohlebasis. Diese Entscheidung folgte auf tagelange zeitweise Stromabschaltungen in Israel infolge einer Hitzewelle. Beide Seiten lösten das Dilemma, indem Ezra zustimmte, den Preis zunächst zurückzugeben und erst anzunehmen, wenn das Kraftwerk auf den Betrieb mit Naturgas umgestellt werde.

Das israelische Umweltministerium – ohnehin mit einem der kleinsten Haushalte in der Regierung ausgestattet – musste jüngst eine weitere Kürzung von 5% hinnehmen. Das beeinträchtigt unter anderem die Durchsetzung bestehender Umweltgesetze. Die Umweltschutzorganisationen arbeiten einerseits mit dem Ministerium eng zusammen. Sie gehören andererseits in einigen Konflikten zu seinen schärfsten Kritikern. So bekämpfen Umweltschutzorganisationen vehement die Pläne, neue Ortschaften auf freien Flächen zu bauen. Für sie zählt der enorme Flächenverbrauch durch Neubauten zu den größten Umweltproblemen Israels. Gideon Ezra (Kadima) glaubt dagegen an die Notwendigkeit, die Landkarte mit weiteren jüdischen Ortschaften zu füllen – um die Ausbreitung der arabischen Ortschaften zu verhindern.

Doch nicht nur hier wird der Zusammenhang zwischen Umweltfragen und dem Konfliktgeschehen deutlich. Das Problem der Verseuchung des Grundwassers hat sich potenziert. Die Abwässer von zahlreichen jüdischen Siedlungen in der Westbank fließen seit Jahren ungeklärt auf palästinensisches Land. Zwar gibt es Abwasserreinigungsprojekte, die – aufgrund des unermüdlichen Einsatzes eines palästinensischen und eines israelischen Bürgermeisters, sowie von Organisationen wie „Friends of the Earth Middle East“ und nicht zuletzt mit Geld aus dem deutschen Entwicklungshilfeministerium – realisiert werden konnten. Doch bei anderen Projekten in diesem Bereich, die dringend realisiert werden müssten, führt der Mangel an Gesprächsbereitschaft bzw. Gesprächskanälen zu schwerwiegenden Verzögerungen.

Die Unterstützung von Umweltschutzorganisationen und -gruppen zählt zu den Schwerpunkten der Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in Israel. In diesem Zusammenhang spielt das Konzept der Umweltgerechtigkeit eine wichtige Rolle. Damit wird hauptsächlich das Problem aufgegriffen, dass es sich vor allem um in der Gesellschaft ohnehin benachteiligte Gruppen handelt, die von bestehenden Umweltproblemen disproportional betroffen sind. Neben der Förderung der Arbeit der Organisationen in Israel ermöglicht die Stiftung ihren Vertretern auch regelmäßig die Teilnahme an internationalen Konferenzen, z.B. zur Förderung der erneuerbaren Energien.

Genderfragen

In Israel gibt es zu den Themen Geschlechterdemokratie, Genderfragen und Frauenrechte eine Fülle von Nichtregierungsorganisationen, die an vielen nicht nur frauenrelevanten Themen arbeiten. Doch auch hier reflektiert die Vielfalt der Organisationen leider nicht den Stellenwert der damit verbundenen Fragen und Probleme im öffentlichen Bewusstsein, ganz zu Schweigen von erfolgreichen Lösungsansätzen. Dass erneut nicht einmal ein Sechstel der Abgeordneten im israelischen Parlament Frauen sind, unterstreicht die mangelnde Bedeutung von Genderfragen in der Politik.

Vor allem in der Diskussion um Konfliktregelungen mangelt es an der Einbeziehung von Frauen. Verschiedene Gruppen setzen sich für die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 ein, die eine systematische Einbeziehung von Frauen bei Konfliktregelungen fordert. Ein erster Erfolg war die Änderung des Gesetzes zum Status von Frauen im Sommer 2005, das jetzt die Einbeziehung von Frauen in sicherheitsrelevanten Gebieten auf eine gesetzliche Grundlage stellt. Die Vorlage dafür wurde unter anderem zusammen mit der heutigen Erziehungsministerin Yuli Tamir in der Heinrich-Böll-Stiftung erarbeitet.

Ein weiteres wichtiges Thema ist Gewalt gegen Frauen, stieg doch in den Zeiten der Intifada die Gewalt in den Haushalten. So wuchs beispielsweise die Zahl der Gewaltdelikte, die durch Angestellte von Sicherheitsfirmen (der größte Arbeitgeber in Israel) verübt wurden. Sie setzen ihre Waffen in privaten Auseinandersetzungen gegen Frauen ein. Auch der sexuelle Missbrauch und die Vergewaltigung eines 12-jährigen Mädchens in einer Militärbasis im Süden des Landes erregte im Frühjahr 2006 die israelische Öffentlichkeit.

Die Diskussion um Gewalt erreicht in regelmäßigen Abständen auch das Parlament und bringt immer wieder Stillblüten hervor: So kam es während einer Debatte in der Knesset zum Problem von Gewalt gegen Frauen im Frühjahr 2006 zu ungewohnten Koalitionen. Der amtierende Knesset-Sprecher, ein Kadima-Abgeordneter erklärte, das Problem häuslicher Gewalt müsste ernsthaft behandelt werden, aber ebenso das Problem von Frauen, die unwahre Angaben machten. Dies erregte die Likud-Abgeordnete und frühere Erziehungsministerin Limor Livnat. Sie unterbrach den Redner mit der Frage, warum er dies vergleiche. Der Knesset-Sprecher beauftragte daraufhin Saadiener, Livnat aus dem Plenum zu begleiten. Ihr zu Hilfe eilten zwei rechtsnationalistische jüdische sowie ein nationalistischer arabischer Abgeordneter.

Themenfelder wie arbeitende Arme, Frauen und Arbeit sowie Frauen und Globalisierung finden mittlerweile verstärkt den Weg in die politische Diskussion und Medien, da neue Politikerinnen wie Shelly Yachimovitch von der Arbeitspartei sich genau diesen Fragen verschrieben haben.

Die Lage von Frauen in der israelischen Gesellschaft ist oft dann besonders prekär, wenn sie einer gesellschaftlichen Minderheit angehören, was sich etwa bei den so genannten Ehrenmorden besonders grausam zeigt. Nur in wenigen Fällen kommt es hierbei zu Verurteilungen durch israelische Gerichte. Außerdem ziehen arabische Israelinnen es aufgrund des gestörten Vertrauensverhältnisses zwischen der arabischen Bevölkerung und der Polizei in Israel nicht selten vor, von Beschwerden bei der Polizei abzusehen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt u.a. ein Projekt, das sich für die Einführung und Einhaltung von Frauen-Budgets im nationalen Haushalt, aber auch in lokalen Budgets einsetzt. Mit Geldern der EU-Kommission konnte die Stiftung u.a. ein Selbsthilfeprojekt beduinischer Frauen in einer Ortschaft in der Negev-Wüste erfolgreich unterstützen.

Arabische Minderheit

Die problematische Lage der arabischen Minderheit in Israel und der damit verbundene akute und potentielle Konflikt spiegeln sich in den letzten Parlamentswahlen im März 2006 wider. Die Wahlbeteiligung der israelischen Araber erreichte mit 56% einen Tiefststand und fiel damit um 21% geringer aus als noch vor 10 Jahren. Mit mangelndem politischem Bewusstsein lässt sich das kaum erklären, denn bei Kommunalwahlen ist die Wahlbeteiligung eine der höchsten im Land. Es handelt sich vielmehr um eine bewusste Entscheidung, nicht an den Wahlen zum Parlament teilzunehmen. Bei der jüngeren Generation herrscht ein Gefühl der Apathie. Dass die „arabischen Parteien“ dennoch etwas stärker geworden sind, liegt alleine an der geringen Wahlbeteiligung der jüdischen Israelis. Die große Mehrheit der Araber setzt sich für Gleichberechtigung im Staat Israel ein. 63% der im Dezember 2005 befragten jüdischen Israelis sehen jedoch die Araber in Israel als eine sicherheitspolitische und eine demographische Bedrohung für den Staat.

Nach den Unruhen im Oktober 2003 im Norden Israels, hatte die israelische Regierung die Or-Kommission mit der Untersuchung der Vorfälle betraut. Diese stellte u.a. fest, es sei „im Interesse des Staates, den Makel der Diskriminierung zu beseitigen“. Bislang ist allerdings niemand im Zusammenhang mit der Tötung von 13 israelischen Arabern im Oktober 2003 und 15 weiteren Todesfälle in den Folgemonaten vor Gericht gestellt worden. Zudem erscheinen in den Medien regelmäßig die Zahlen, die die Diskriminierung von 20% der israelischen Bevölkerung belegen. Allerdings hat der Oberste Gerichtshof Israels Ende Februar 2006 entschieden, dass die arabischen Staatsbürger Israels über die gleichen Rechte verfügen wie jüdische Israelis und bei der Zuteilung von Mitteln nicht benachteiligt werden dürfen. Hintergrund war ein Plan der Regierung für Erziehungsmittel, bei dem 500 jüdische und vier arabische Gemeinden einen bevorzugten Status erhalten sollten.

Zwei größere Konfrontationen innerhalb Israels sorgten im vergangenen Jahr für öffentliches Aufsehen. Kurz vor Beginn des israelischen Rückzuges aus dem Gazastreifen ermordete ein israelischer Siedler, der von der Armee desertiert war und seine Waffe mitgenommen hatte, vier israelische Araber in einem Bus in der arabischen Stadt Shefar-amer. Danach wurde er von der aufgebrachten Menge gelyncht. In diesem Zusammenhang wurden im Juni 2006 sechs Bewohner der Stadt festgenommen, was zu andauernden Kontroversen führte. Unruhen gab es Anfang März 2006 auch in Nazareth, nachdem ein jüdischer Israeli, seine christliche Frau und ihre gemeinsame Tochter in der Verkündigungskirche Feuerwerkskörper gezündet hatten. Mit Hilfe lokaler geistlicher Würdenträger und Politiker gelang es, den Aufruhr in einem begrenzten Rahmen zu halten. Beide Ereignisse zeigen, wie schnell die innerisraelischen Spannungen eskalieren können.

In akademischen Kreisen Israels wird darüber gestritten, ob und inwieweit Israel eine Demokratie mit Fehlern, eine „Ethnische Demokratie“ bzw. eine „Ethnokratie“ sei.

Ein Teil der arabischen Bevölkerung, die mit besonderen Problemen zu kämpfen haben, sind die 150.000 in der Negev-Wüste lebenden Beduinen. Seit Jahrzehnten gibt es zwischen den verschiedenen Stämmen und der israelischen Regierung Konflikte u.a. über Landrechte. Inzwischen leben etwa 50% der Beduinen in Städten, die zu den ärmsten in Israel gehören. Die andere Hälfte lebt in insgesamt 46 vom Staat nicht anerkannten Ortschaften. Diesem Konfliktpotential widmen sich zahlreiche Nichtregierungsorganisationen.

Die Pläne der israelischen Regierung zur Entwicklung Galiläas und des Negev, für die es mit Shimon Peres sogar einen eigenen Minister gibt, werden von den meisten skeptisch bis ablehnend bewertet. Letztlich gehe es um die Kontrolle des Landes, um eine Judaisierung. Die Pläne beinhalten u.a. die Schaffung von Wohnraum für 300.000 Menschen, die aus dem Zentrum Israels in diese Gebiete ziehen sollen. Diese seien nicht dazu geeignet, die Lebenssituation der jetzt im „Hinterhof Israels“ lebenden Bevölkerung zu verbessern. Vor dem Hintergrund der Marginalisierung der Beduinen, ihrer bisherigen Erfahrungen mit der Regierung und vorhandener kultureller Unterschiede ist die Arbeit der NRO in diesem Feld mit vielfältigen Schwierigkeiten verbunden. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt verschiedene dieser Initiativen.

Heftige Diskussionen rief eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von Mitte Mai 2006 hervor. Mit der knappen Mehrheit von 6 zu 5 Stimmen entschied dieser, den Zusatz zum Staatsbürgerschaftsgesetz von 2002 aufrecht zu erhalten, wonach Palästinenser aus der Westbank und dem Gazastreifen kein Aufenthaltsrecht in Israel im Rahmen von Familienzusammenführung beantragen können. Zwei der Richter, die mit der Mehrheit stimmten, taten dies allerdings mit der Begründung, dass sie keine Möglichkeit der rechtlichen Beurteilung von einem Gesetzeszusatz sehen, der ohnehin nur bis 30.6.2006 gültig sein werde. Palästinenser aus den palästinensischen Gebieten, die mit Palästinensern aus Israel verheiratet sind, haben damit weiterhin keine Möglichkeit mit dem Ehepartner in Israel zu leben.

Die Unterschiede in der Bewertung unter den Richtern waren deutlich. Der Vorsitzende Richter Barak vertrat die Minderheitenmeinung und schrieb, der Schaden, der durch diese Entscheidung für das Zusammenleben von Familien und den Gleichheitsgrundsatz entstehe und die dadurch gewonnene Sicherheit stünden in einem disproportionalen Verhältnis zueinander. Den rauen Ton, der nicht selten Kritikern aus dem Ausland entgegenschlägt, die Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Regierung beklagen, gibt es auch hier und zwar in Kreisen, in denen man ihn nicht erwarten würde. Kurz nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, kritisierte der Richter Mishael Cheshin in einem Interview die Position des Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes, Barak: „Das bedeutet, dass er in Kauf nimmt, dass 30 bis 50 Menschen in die Luft gesprengt werden, aber Hauptsache, wir achten die Menschenrechte.“⁴ Später entschuldigte er sich für seine Äußerungen. Die ehemalige Richterin am Obersten Gerichtshof Dalia Dorner stellte dagegen die

⁴ Yuval Yoaz: Early retirement, in: Haaretz Magazine, May 26, 2006

Frage, weshalb die Identitätskarte, die die palästinensischen Ehepartner bekommen würden, die Sicherheit des Staates gefährden würde, nicht jedoch die blaue Karte der 231.000 Palästinenser, die in den annektierten Teilen Ost-Jerusalems leben. Der Antrag auf Aufhebung des Gesetzeszusatzes war von „Adalah – The Legal Center for Arab Minority Rights“ zusammen mit der „Association for Civil Rights in Israel“ (ACRI) eingebracht worden. Die Heinrich-Böll-Stiftung stellte Adalah einen Raum zur Verfügung, um Vertretern ausländischer Botschaften ihre Interpretation der Gerichtsentscheidung zu präsentieren.

Die Förderung von Initiativen, die sich für die Umsetzung gleicher Rechte für die arabische Bevölkerung Israels einsetzen, ist einer der Schwerpunkte der Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zur Förderung demokratischer Teilhabe. Neben zahlreichen ausländischen Stiftungen und der EU-Kommission, mit deren finanzieller Unterstützung die Heinrich-Böll-Stiftung einige Projekte in besonderem Maße fördern konnte, haben jetzt auch jüdische Stiftungen und Organisationen in den USA dieser Arbeit einen wesentlichen Stellenwert eingeräumt. Sie beschlossen im Mai 2006, sich in einem größeren Maß als bislang für die Rechte der arabischen Minderheit in Israel einzusetzen. Gleiche Rechte für arabische Israelis seien eine strategische Angelegenheit, die zur Sicherheit Israels beitrage, erklärte der Vorsitzende der Anti-Defamation-League, Abraham Foxman.

Zivilgesellschaft

Die israelische Zivilgesellschaft ist vermutlich eine der vielfältigsten und lebendigsten in der westlichen Welt. Derzeit werden jedes Jahr ca. 1.500 neue Nichtregierungsorganisationen registriert. Es ist jedoch notwendig, hinter die Zahlen zu blicken: Erstens ist die hohe Zahl der neu entstehenden NRO auch der Privatisierung von Dienstleistungen geschuldet und zweitens sagen die Zahlen alleine weder etwas über den Grad der Beteiligung der Bevölkerung an solchen Initiativen aus noch über deren Erfolge und Einfluss auf die Politik.

Soziale Randgruppen

Nach wie vor gehören ausländische Arbeitnehmer zu den sozialen Randgruppen in Israel. Nach einem Bericht des US-amerikanischen Außenministeriums sind ca. 16.000 bis 20.000 Arbeiter aus Entwicklungsländern, die in Israel in der Landwirtschaft auf dem Bau und im Gesundheitswesen tätig sind, Opfer von Zwangsarbeit (forced labour). Während die israelische Regierung durch die Verabschiedung von Gesetzen und die Etablierung von Unterkünften für Opfer die Lage von Frauen, die zur Prostitution gezwungen wurden, verbesserte, geschah nichts Vergleichbares im Hinblick auf die Lage ausländischer Arbeiter. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt seit der Aufnahme der Israel-Arbeit ein Projekt, das sich für die Belange ausländischer Arbeiter einsetzt. Der neue Innenminister hat inzwischen neue Regelungen vorgeschlagen, die es für Kinder ausländischer Arbeiter einfacher machen, israelische Staatsbürger zu werden. Danach könnte ein Kind mit dem Beginn des ersten Schuljahres die Staatsbürgerschaft beantragen und zwar unabhängig davon, ob es in Israel geboren wurde und ob die Eltern auf legale Weise nach Israel gekommen sind. Sie erhielten dann zunächst eine

dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung und mit Eintritt in die Armee die vollen Bürgerrechte.

Einwanderung

Die Zahl der Einwanderer ist in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen. Im Jahr 2005 immigrierten 21.100 Personen nach Israel, 44% kamen aus der ehemaligen Sowjetunion.

Mit der Einwanderungswelle aus der ehemaligen Sowjetunion, in deren Zuge seit Beginn der 90er Jahre insgesamt über eine Millionen Menschen nach Israel eingewandert sind, kamen auch ca. 300.000 nicht-jüdische Russen. Der Grund liegt neben nicht-jüdischen Ehepartnern darin, dass im Rahmen des Rückkehrgesetzes von 1970 auch Russen einwandern dürfen, die nur einen jüdischen Großvater haben. Nach jüdischer Religion handelt es sich bei dieser Gruppe aber nicht um Juden, da die Religion im Judentum nur über weibliche Vorfahren weitergegeben werden kann.

Kürzlich wurde aus Anlass des fünften Jahrestages des verheerenden Anschlages an der Tel Aviver Diskothek Dolphinarium, bei dem 21 israelische Jugendliche und der Attentäter getötet worden waren, daran erinnert, dass zwei der Jugendlichen nicht auf einem jüdischen Friedhof beigesetzt werden konnten.

Vor allem Jugendliche fühlen sich ausgestoßen, weil sie zwar Russen und Israelis sind, aber keine Juden. In den letzten zwei Jahren hat dies zu dem Phänomen von Neonazi-Gruppen geführt, die vornehmlich in Trabantenstädten existieren und ultraorthodoxe Gläubige angreifen. Von der Polizei und anderen Behörden werden diese Angriffe als bedauerliche Einzelfälle bezeichnet.

Thema im Zusammenhang mit Einwanderungsfragen ist immer wieder auch die Einwanderung der noch in Äthiopien lebenden „Falashmuras“. Die Organisationen, die sich für die Einwanderung der Falashmuras einsetzen, beklagen, dass die israelische Regierung keine Gelder für Trainingsprogramme in der Zeit, in der sie auf eine Bewilligung ihrer Anträge warten, zur Verfügung stellt. Solche Programme würden später ihre Eingliederung in Israel wesentlich erleichtern. Seit 1993 sind 25.000 Äthiopier nach Israel eingewandert. Zwischen 11.000 und 13.000 warten noch darauf, immigrieren zu können. Dass zurzeit pro Monat nur ca. 300 von ihnen einwandern, ist offensichtlich ein Kompromiss zwischen der israelischen Regierung, die nicht über finanzielle Mittel für eine größere Zahl verfügt und jüdischen Organisationen aus den USA, die sich sehr für eine Einwanderung einsetzen.

Erinnerungsarbeit

Der renommierte Journalist Tom Segev beklagte in einem Artikel zum diesjährigen Holocaust-Gedenktag (Yom HaShoah), dass Israel die universellen Lektionen des Holocaust noch nicht gut verinnerlicht habe. Die israelische Erinnerungskultur setze noch zu stark nur auf die Notwendigkeit, den eigenen Staat gegen die arabischen Feinde zu stärken und schotte sich gegenüber den anderen Opfergruppen ab. Es gebe aber auch positive Entwicklungen: Im öffentlichen Diskurs werde jetzt auch die Verpflichtung betont, Demokratie und Menschenrechte zu schützen und Rassismus zu bekämpfen. Die Überlebenden – so Segev – würden allerdings verachtet. Früher hätten

sich die Israelis wegen des Holocaust geschämt und deshalb die Überlebenden verachtet. Inzwischen hätten sie den Holocaust als ein zentrales Element ihrer Identität internalisiert, würden aber die Überlebenden immer noch verachten. Der Staat wiederum werde seiner Verantwortung in Bezug auf Hilfen für Überlebende nicht gerecht.⁵ Der Leiter der staatlichen Kontrollinstanz (state comptroller) hat eine umfassende Untersuchung des Umgangs der israelischen Regierung mit Shoah-Überlebenden eingeleitet. Organisationen von Überlebenden beklagen, dass finanzielle Unterstützung nicht im zugesagten Maße bereitgestellt werde und es bei der Bewilligung von Unterstützung für Überlebende häufig zu großen Verzögerungen komme. Möglicherweise wird sich mit dem neuen Finanzminister daran etwas ändern. Abraham Hirschson (Kadima) ist unter anderem der Gründer und Präsident der jährlich stattfindenden „March of the Living“-Reisen in die Gedenkstätte des ehemaligen Vernichtungslagers Auschwitz in Polen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung, die für eine aktive und bewusste Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte eintritt, wird sich verstärkt mit diesen Themen beschäftigen.

4. Deutsch-Israelische Beziehungen

Auch das zweite Halbjahr 2005 war durch zahlreiche Veranstaltungen in Israel und in Deutschland aus Anlass des 40. Jahrestages der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten geprägt. Sowohl der Regierungswechsel in Deutschland, wie auch der in Israel werden die beiderseitigen Beziehungen nicht wesentlich verändern. Kontinuität ist angesagt. Ob das allerdings für die nahe und entfernte Zukunft reicht, darf bezweifelt werden. Die Frage, wie für junge Menschen ein durch Kenntnisse und kritische Reflexion geprägtes Verhältnis zu den deutsch-jüdischen wie den deutsch-israelischen Beziehungen hergestellt werden kann, wird nicht schnell und einfach zu beantworten sein. Ebenso täte es dem öffentlichen Diskurs zu den deutsch-israelischen Beziehungen sicher gut, wenn dieser jenseits von öffentlichen Feiern und gegenseitigen Freundlichkeiten einerseits und abfälliger Kritik andererseits einen wachsenden Teil von kritischer und selbstkritischer Auseinandersetzung beinhalten würde - eine Auseinandersetzung mit den zum Teil ganz unterschiedlichen, zum Teil aber auch gemeinsamen Problemen der jeweiligen Gesellschaften.

Neuere Umfragen zeigen zwar einen steigenden Trend der Sympathiewerte in Deutschland für Israel und einen abnehmenden Trend für die palästinensische Seite. Gleichzeitig halten nur noch 15% der befragten Deutschen den israelisch-palästinensischen Konflikt für eine Bedrohung des Weltfriedens. Doch solche Umfragen werfen auch Fragen auf: wenn 37% mit Israel und 18% mit den Palästinensern

sympathisieren, bedeutet das, dass 45% beiden Seiten sowie dem Konflikt gleichgültig gegenüberstehen?⁶

Die Heinrich-Böll-Stiftung versucht durch eine kontinuierliche Vermittlung von BesucherInnen und Informationen ihren Teil zur Festigung der deutsch-israelischen Beziehungen beizutragen. Sie arbeitet hierbei mit verschiedenen Universitäten zusammen und organisiert einen regelmäßig stattfindenden deutsch-israelischen Schriftstelleraustausch.

5. Iran

Die fortgesetzten Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten Achmadinejad zu Israel und zur Shoah haben in Israel eine Mischung aus Abscheu und Befürchtungen ausgelöst. Nach Angaben des israelischen Generalstabschefs Halutz wird Iran zu einer existentiellen Bedrohung Israels, wenn es über Nuklearwaffen und die erforderliche Trägertechnologie verfügt. Während die USA davon ausgehen, dass Iran erst in den Jahren zwischen 2012 und 2015 über die Fähigkeiten verfügen wird, Atombomben abzuschließen, rechnet er bereits für 2009-2010 damit.

Unter Ministerpräsident Sharon verhielt sich die israelische Regierung in der Iran-Frage relativ zurückhaltend. Im Interesse, den Westen gegen den Iran in Stellung zu bringen, sollte die Problematik so selten wie möglich Teil öffentlicher Debatten sein, dafür aber umso intensiver in diplomatischen Kreisen diskutiert werden. Das hat sich im vergangenen Jahr geändert.

Unter anderem wird das Thema heute in der parteipolitischen Auseinandersetzung ausgeschlachtet. So schlug der Likud-Vorsitzende Benyamin Netanyahu vor, den weiteren Rückzug aus den palästinensischen Gebieten auszusetzen und Gelder in einen beschleunigten Rüstungswettlauf gegen den Iran zu investieren. Außerdem ließen sich verschiedene hochrangige Politiker auf eine verbale Konfrontation ein. Als Interims-Ministerpräsident erklärte Ehud Olmert in einem Interview mit der Bild-Zeitung, der iranische Präsident Achmadinejad sei ein antisemitischer Psychopath, der wie Hitler spreche. Shimon Peres erklärte im Mai 2006 in New York, der iranische Präsident müsse sich klar machen, dass auch der Iran zerstört werden könne. Generalstabschef Halutz warnte, Israel solle sich nicht an die Spitze derjenigen stellen, die das iranische Problem angehen.

Die Mehrheit der israelischen Bevölkerung übernimmt die Annahme des politischen und militärischen Establishments, dass der Iran derzeit eine strategische Gefahr für Israel darstellt. Nur 16% der Befragten lehnen diese Ansicht ab. Bei einer Minderheit gibt es aber durchaus den Wunsch, die Nuklearanlagen des Iran mit einem weiträumigen Angriff auszuschalten. Die Mehrheit ist allerdings der

⁵ Tom Segev: The true lessons of the Holocaust, in: Haaretz, April 26, 2006

⁶ The Pew Research Center for the People and the Press: America's Image Slips, But Allies Share U.S. Concerns Over Iran, Hamas, June 13, 2006

Meinung, Israel solle eine solche Militäraktion nicht beginnen. Der israelischen Regierung ist sehr daran gelegen, ihr eigenes Vorgehen eng mit den USA abzustimmen und jüngste diplomatische Schritte der USA werden vorsichtig begrüßt. Es gibt aber auch die Einschätzung, die Krise werde nur aufgeschoben und wahrscheinlich zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufbrechen. Die israelische Regierung wird den USA nicht zusagen, unter keinen Umständen eigenständig zu agieren - die Zusage, während der Verhandlungen den USA keine Überraschungen zu bereiten, wird es jedoch wohl gegeben haben.

6. Verschiedenes

Israel - USA

Das Papier über die Israel-Lobby und die Außenpolitik der USA der beiden US-Professoren John Mearsheimer und Stephen Walt hat auch in Israel Diskussionen ausgelöst – wenn auch in begrenztem Umfang. Daniel Levy, israelischer Hauptverfasser der Genfer Initiative kritisierte das Papier zwar als grob vereinfachend, begrüßte aber die Debatte, die es entfacht habe. Diese Diskussion sei dringend nötig, denn es gebe wichtige Anzeichen für zunehmende Gegensätze zwischen Israel und der Israel-Lobby in den USA. Für Israel seien der Gaza-Rückzug sowie weitere Rückzüge Akte von nationaler strategischer Bedeutung, für die Lobby ein Ausdruck von Konfusion und Schwäche. Der Sieg von Hamas in den palästinensischen Gebieten bringe für Israel komplexe und schwierige Herausforderungen mit sich. Für die Lobby in den USA dagegen sei dies eine PR-Angelegenheit und ein Anlass für legislative Muskelspiele. Wenn Israel also tatsächlich in eine neue Epoche der Abkehr von der Besatzung eintrete, dann müsse die Rolle der Israel-Lobby für die Beziehungen zwischen Israel und den USA neu durchdacht und entweder von innen heraus verändert, oder von außen infrage gestellt werden.

Innere Angelegenheiten & Fußball

Die Fußballweltmeisterschaft hat Israel zu einem skurrilen und außergewöhnlich erfolgreichen Konsumentenboykott verholfen: Kaum organisiert, spontan und weit verbreitet war das Publikum einfach nicht bereit, den von den Übertragungs-Anbietern ursprünglich angesetzten horrenden Preis von über 200 Euro zu bezahlen, um sich die Spiele im Fernsehen ansehen zu können. Die Unternehmen waren schließlich gezwungen, auf fast ein Viertel des ursprünglichen Preises herunterzugehen, um nicht am Ende selbst mit einem Minus dazustehen.

In den palästinensischen Gebieten dagegen sind die Spiele ohne Bezahlung zu sehen. Eine Karikatur zeigte daraufhin Israelis, die die Mauer überwinden und den Palästinensern auf der anderen Seite mit dem Ruf „Wir sind doch alle eine Familie“ entgegen rennen. Von den ursprünglich wohl geplanten öffentlichen Übertragungen der Spiele war nicht viel zu sehen. Die Weltmeisterschaft findet hier vorwiegend im Saal, sprich in den Kneipen und Restaurants, wo sie auf Leinwänden übertragen wird, statt.

Deutlich sichtbarer war das Fußball-Fieber in arabischen Städten und Dörfern Israels. Jede Menge Fahnen waren zu sehen, vor allem

die brasilianische, aber auch italienische, argentinische und deutsche Fahnen. Endlich Fahnen, mit denen für die arabische Bevölkerung Israels ohne Ambivalenz eine Identifikation möglich ist. Auf manchen Häusern wehen auch mehrere Fahnen – ein Zeichen geteilter Loyalität in der Familie gegenüber unterschiedlichen Mannschaften.

Ausblick

“Sich hinter einer Mauer einzugraben und das Leben auf der anderen Seite in eine Hölle zu verwandeln, während die Westbank in Kantone zerrissen wird, wird Israel nicht in das verwandeln, was der designierte Ministerpräsident ein Land zu nennen beliebt, in dem es Spaß macht, zu leben.”⁷

Angesichts der angespannten Gesamtlage, die immer wieder eskaliert und die das Potential für weitere Krisen und Konflikte beinhaltet, gleicht die Herausstellung positiver Momente oft dem Pfeifen im dunklen Wald. Das gilt für die Signale auf palästinensischer Seite bis hinein in die Hamas-Regierung, die auf eine weitere Waffenruhe hoffen lassen. Das gilt für die Hoffnung, dass mit Hilfe von außen wenigstens faktisch, wenn schon nicht explizit bestehende Verträge eingehalten werden und vielleicht doch wieder Verhandlungen möglich werden könnten. Das gilt ebenso für die israelische Politik und die Hoffnung, es könnten mit Hilfe von außen vielleicht doch eine politische Perspektive entwickelt werden, die den Namen „Zwei-Staaten-Regelung“ auch verdient. Jedenfalls scheint es richtig, solche Momente auf beiden Seiten zu verstärken und jenen Kräften entgegenzuwirken, denen nur an der Entlarvung einer der beiden Konfliktpartien gelegen ist. Ebenso sollten diejenigen Kräfte unterstützt werden, die die territorialen und damit die kompromißfähigen Elemente gegenüber den religiösen und damit latent kompromißunfähigen Elementen des Konfliktes betonen. Bis auf weiteres ist wahrscheinlich weder mit einer Explosion noch mit einer Lösung des Konfliktes zu rechnen - die Auseinandersetzungen werden weiterhin als „low intensity“ Konflikt weltweite Beachtung finden.

Das Jahr 2007 wirft seine Schatten voraus. Im Juni 2007 jähren sich der so genannte Sechs-Tage-Krieg und damit u.a. auch der Beginn der israelischen Besatzung der Westbank und des Gazasteifens zum 40. Mal. In einem Artikel zum Tag der Erinnerung an die gefallenen israelischen Soldaten hat der ehemalige Meretz-Abgeordnete Yossi Sarid die These aufgestellt, nur der Unabhängigkeitskrieg sei ein Überlebenskrieg gewesen. Den Bedrohungen, denen Israel 1967

⁷ Ze'ev Sternhell: Even if he puts pen to paper, in: Haaretz, April 7, 2006

ausgesetzt war, hätte man mit begrenzten militärischen Aktionen begegnen können, ohne Israel dabei in die Falle der Besatzung zu bringen, aus der es sich noch befreien müsse. Dies ist eine von zahlreichen Kontroversen in Bezug auf den Jahrestag, mit denen sich die Stiftung sowohl in Deutschland als auch in Israel beschäftigen wird. Jähren werden sich auch der erste Libanon Krieg von 1982 und der Wahlsieg des Likud im Jahre 1977.

Die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in Israel vollzieht sich in mehreren Kontexten und Spannungsverhältnissen. Sie findet statt vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und damit dem von Deutschen organisierten und umgesetzten Menschheitsverbrechen der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden im vergangenen Jahrhundert. Dieses bildete einen wesentlichen Hintergrund für die 1948 vollzogene Gründung des Staates Israel und die historische Legitimation, die er erhielt. Gleichzeitig findet die Arbeit statt im Kontext der komplexen deutsch-israelischen Beziehungen. Schließlich findet sie statt im Kontext des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Die Bejahung des Staates Israel bildet die Grundlage der Arbeit. Die Prinzipien und Wertvorstellungen der Heinrich-Böll-Stiftung von Bürger- und Menschenrechten, über Antirassismus und aktive Erinnerungsarbeit bis hin zu Geschlechterdemokratie und konsequentem Umweltschutz führen die Stiftung in Auseinandersetzungen in und um Israel, die mit Kontroversen verbunden sind. Die Stiftung will mit ihrer Arbeit in Israel zur Stärkung und Entwicklung der Demokratie beitragen und damit auch zu einer Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes in der Struktur zweier nebeneinander bestehender souveräner und demokratischer Staaten. Sie hat dabei auf der einen Seite die Freiheiten, die der trotz aller inneren und äußeren Konflikte demokratische Staat Israel bietet. Auf der anderen Seite wird diese Arbeit potentiell auch immer wieder umstritten sein.